



Wird Mali zum zweiten Afghanistan?

Jürgen Koch

Februar 2022

Zusammenfassung

Endet das deutsche Engagement in Mali mit dem gleichen Desaster wie der hastige Rückzug deutscher Soldaten und Entwicklungshelfer in Afghanistan im August letzten Jahres? Diese Frage wird zunehmend in der deutschen Öffentlichkeit gestellt. Voreilige Urteile sollten vermieden werden. Mali ist nicht Afghanistan, auch wenn es durchaus Parallelen beim Auftritt der internationalen Staatengemeinschaft gibt. Die Bilanz des militärischen und zivilen Engagements der Bundesrepublik in Mali muss schonungslos analysiert werden. Auf dieser Grundlage sollte dann in einem ressortübergreifenden Ansatz eine kohärente Strategie für das weitere Engagement der Bundesrepublik in Mali formuliert werden.

Das ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Droht auch in Mali ein überstürzter Abzug deutscher Soldaten und Entwicklungshelfer? Wie groß ist die Wahrscheinlichkeit, dass es bald dazu kommt? Diese Fragen werden nicht nur von Fachleuten, sondern auch von immer mehr Bürgern und Politikern gestellt.

Im August 2021 ging das militärische und zivile Engagement Deutschlands in Afghanistan abrupt zu Ende. Die unmittelbaren Ursachen für den überhasteten Rückzug der Bundeswehr und die Ausreise der Mitarbeiter ziviler Entwicklungsorganisationen sind hinreichend bekannt. Der jähe Truppenabzug der Amerikaner, die Machtübernahme durch die Taliban binnen weniger Tage ohne nennenswerten Widerstand der afghanischen Armee ließen keine andere Wahl. Nur wenige Mitarbeiter des afghanischen Personals der Bundeswehr sowie der zivilen Organisationen konnten mit Ihren engsten Familienangehörigen das Land rechtzeitig verlassen. Inwieweit es gelingt, das nationale Personal mit Familie noch nach Deutschland zu holen, wird von den Verhandlungen mit Vertretern der Taliban abhängen. Der Westen insgesamt ist mit seiner Politik in Afghanistan gescheitert.

Der Schock über das jähe Ende deutschen Engagements und den chaotischen Abzug aus Kabul sitzt insbesondere bei den Soldaten, die in Afghanistan stationiert waren, tief. Gleiches gilt für die internationalen und nationalen Mitarbeiter der GIZ¹ und nichtstaatlicher Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit, die mit viel Engagement und unter schwierigsten Bedingungen in Afghanistan gearbeitet haben.

Es verwundert deshalb nicht, dass nach dem Abzug aus Afghanistan die Frage nach den Gründen für das Scheitern des westlichen Engagements und damit auch der deutschen Beiträge dazu immer lauter werden. Eine Enquetekommission des Bundestages wird sich mit dieser Frage auseinandersetzen. Die absolut notwendige Aufarbeitung der Gründe des Scheiterns der Mission verbunden mit einer völligen Fehleinschätzung der politischen und militärischen Lage in Afghanistan bis wenige Tage vor dem Abzug der letzten Soldaten ist bei den beteiligten Ministerien angelaufen.

Das Auswärtige Amt gibt eine Studie zur strategischen Evaluierung des zivilen deutschen Engagements in Auftrag, deren Ergebnisse im Herbst vorliegen werden. Die bitteren „lessons learned“ aus Afghanistan für das deutsche Engagement in anderen Krisenregionen zu erarbeiten und dann auch umzusetzen, wird sicher einige Zeit in Anspruch nehmen. Das lenkt den kritischen Blick auf Mali als aktuell mit Abstand größten Auslandseinsatz mit ca. 1300 Soldaten.²

Die Situation in Mali mit der von Afghanistan vor der Rückkehr des Taliban-Regimes zu vergleichen liegt nahe. Schnellschüsse beim Vergleich der Situation in Mali und Afghanistan vor der Rückkehr des Taliban-Regimes sollten allerdings vermieden werden. Mali und Afghanistan sind nicht nur tausende Kilometer voneinander entfernt. Auch in ihrer Kultur, Geschichte und Geographie trennen beide Länder Welten.

Die Ausprägung des Islam in Mali ist eine völlig andere als in Afghanistan. 90% der Malier sind zwar Moslems, Religionsfreiheit ist aber in der Verfassung geschützt. Die große Mehrheit der Malier tritt tolerant gegenüber religiösen Minderheiten auf und vertritt eine relativ liberale Interpretation des Islam. In den letzten Jahren sind jedoch eine zunehmende Radikalisierung und konservative Auslegung des Islam festzustellen. Dies ist u.a.

¹ Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit

² Bartholomäus Grill: „Auch die Mali Mission wird scheitern.“ Spiegel-Online 15. September 2021



dem Vordringen salafistischer Strömungen, gestützt durch Saudi-Arabien, zuzuschreiben. In Mali hat es einen radikal-islamischen Gottesstaat im Gegensatz zu Afghanistan nie gegeben.

Malis Bevölkerung weist zudem eine große ethnische Vielfalt auf. In dem Vielvölkerstaat sind neben der Kolonialsprache Französisch 13 verschiedene nationale Sprachen anerkannt.

Bei den bewaffneten Gruppierungen in Mali ist die Lage unübersichtlich und volatil. Die Rebellengruppen, die unterschiedlichen Dachorganisationen angehören, konkurrieren und koalieren miteinander. Der Organisation JNIM³, die Al Qaeda zuzuordnen ist, führt einen erbitterten Kampf gegen ISGS⁴-Rebellen. Die wachsende Fragmentierung der jihadistischen Organisationen ist ein wichtiger Unterschied zwischen Mali und Afghanistan. Es gibt keine zentrale Machtstruktur der Jihadisten in Mali wie die der Taliban in Afghanistan. Seit 2016 ist trotz der militärischen Präsenz von UN und EU eine stetige Eskalation der gewaltsamen Konflikte festzustellen.⁵ Die Zentralregierung kooperiert mit einigen Rebellengruppen, die das Friedensabkommen von Algier im Jahr 2015 zwar nicht unterschrieben haben, aber das Abkommen heute akzeptieren.⁶

Afghanistan mit einer Bevölkerung von über 40 Mio. Einwohnern und einer Fläche von 653 Tsd. km² hat mehrere ausländische Interventionen erfolgreich abgewehrt. Die von den Taliban praktizierte Form des Islam ist zwar aus westlicher Sicht genauso intolerant, frauenfeindlich und rückwärtsgewandt wie die Ausprägungen radikaler islamischer Terrororganisationen in Mali. Die Taliban haben radikalen Terrorgruppen Zuflucht gewährt, hatten aber selbst nicht den Anspruch gehabt, ihre Interpretation des Islam international zu verbreiten. Im Zentrum des Kampfes der Taliban stand immer die Vertreibung westlicher ungläubiger Besatzer und die Etablierung eines islamischen Gottesstaates ihrer Interpretation. Mit der de-facto Kapitulation des Westens und dem chaotischen Abzug ausländischer Truppen und der Rückkehr der Taliban an die Macht haben diese ihre wichtigsten Ziele erreicht. Der Zusammenbruch der afghanischen Wirtschaft, Hungersnöte und Attentate des IS werden für das neue Regime jedoch enorme Herausforderungen darstellen.

Mali hingegen hat ca. 20 Mio. Einwohner und eine Fläche von 1,25 Mio. km² und ist damit etwa doppelt so groß wie Afghanistan bei halber Bevölkerungszahl. Allerdings ist nur ein Drittel der Fläche landwirtschaftlich nutzbar. Der Klimawandel führt auch in Mali dazu, dass sich die Wüste massiv ausbreitet. Die Bevölkerung hat sich in den letzten 20 Jahren verdoppelt. Angesichts dieser Entwicklung und immer knapper werdender landwirtschaftlicher Fläche nehmen die Konflikte zwischen sesshaften Bauern und nomadisierenden Viehzüchtern um die Flächennutzung zu und werden blutiger. Jihadistische Terrorgruppen heizen diese Konflikte an und nutzen sie als Rekrutierungs- und Destabilisierungsinstrument. Die Grenzen zwischen religiösen, ethnischen und sozialen Konflikten sind fließend.

Bei allen Unterschieden zwischen Mali und Afghanistan drängen sich jedoch erschreckende Parallelen auf, wenn man das Agieren der internationalen Staatengemeinschaft in beiden Staaten miteinander vergleicht. In Mali orientiert sich die Bundeswehr an den Mandaten der Vereinten Nationen für die multinationale Friedenstruppe MINUSMA⁷ und die europäische Ausbildungsmission EUTM⁸.

³ Jama'at Nusrat al Islam wal-Muslimi

⁴ Islamic State in the Greater Sahara

⁵ Vgl. dazu ACLED (Armed Conflict Location & Event Data Collection): Sahel 2021: Communal Wars, Broken Ceasefires and Shifting Frontlines, 17 June 2021

⁶ „Sogenannte „non-signatory compliant armed groups“

⁷ Multidimensional Integrated Stabilisation Mission in Mali

⁸ European Training Mission



Grundlage des Einsatzes der Bundeswehr in Afghanistan waren seit 2001 drei Mandate des Bundestages zur Beteiligung an der ISAF-Mission⁹ sowie an der OEF.¹⁰ Schon im Jahr 2011 beschrieb ein Militärgeschichtler den Auftritt der Bundeswehr in Afghanistan als „strategielos“ und machte diesen Sachverhalt daran fest, dass weder ein klares Ziel, noch der Weg dorthin und die Mittel klar definiert wurden.¹¹ Da auch die Zieldefinition des Militäreinsatzes in Afghanistan vom Konsensprinzip der 28 NATO-Mitgliedsstaaten abhing, fielen entsprechende Handlungsleitlinien als kleinster gemeinsamer Nenner vage aus. Eine klare Exit Strategie wurde nicht formuliert. Es gab offensichtlich keine Notfallpläne für die geordnete Evakuierung nationalen Personals und der Familienangehörigen.

Zu den wichtigsten Mandatsaufgaben der MINUSMA gehören die Herstellung staatlicher Autorität, der Schutz der Zivilbevölkerung sowie die Förderung des Friedensprozesses. Terrorismusbekämpfung ist keine Mandatsaufgabe. Rund 80% der militärischen Ressourcen gehen in die Sicherung der eigenen Infrastruktur und der Konvois. Viele Malier kritisieren das defensive Auftreten der MINUSMA und die Tatsache, dass den Blauhelmen die eigene Sicherheit wichtiger ist als der Schutz der Zivilbevölkerung.¹² Wichtiges Erfolgskriterium für die Führungsoffiziere der deutschen Streitkräfte in Mali ist die Unversehrtheit der dort stationierten Soldaten. Dass dieses Kriterium für die Parlamentsarmee Bundeswehr angesichts schwindender öffentlicher Zustimmung zu Auslandseinsätzen immer wichtiger wird, ist nachvollziehbar. Dies führt aber dazu, dass die Bundeswehr das ohnehin defensive Mandat unter dem Aspekt der Eigensicherung in der Regel nicht vollständig nutzt.

Die Sicherheitslage verschlechtert sich massiv nicht nur im Norden und Zentrum Malis, sondern auch im Westen und Süden des Landes. Der Ring um die Hauptstadt Bamako, in dem sich ausländische Mitarbeiter von Hilfsorganisationen relativ sicher bewegen können, wird immer kleiner. Terroristische Gruppierungen verfügen längst auch in der Hauptstadt und in den anderen Städten über die Kapazität, jederzeit Anschläge auszuführen.

Die Zentralregierung hat die Kontrolle über den größten Teil ländlicher Gebiete verloren und beschränkt sich mehr und mehr auf Präsenz in einigen Städten. Von ihr ernannte Gouverneure und entsandte Polizeikräfte sprechen oft nicht einmal die lokalen Sprachen und bleiben Fremdkörper in den Regionen, in denen sie eingesetzt werden. Auf diese Missstände haben ausländische Partner schon vor Jahren hingewiesen und konkrete Maßnahmen einer Sicherheitssektorreform eingefordert – ohne ernsthafte Konsequenzen.¹³ Trotz verbesserter Ausbildung und Ausrüstung durch die internationale Staatengemeinschaft sind die Polizeikräfte isoliert in ihren Standorten außerhalb der Hauptstadt und auch demotiviert, ihre Aufgaben zu übernehmen.

Weitere Ursachen für die Gewalteskalation und den Zulauf jihadistischer Gruppen sind die mangelnde Grundversorgung der Bevölkerung¹⁴ und Staatsversagen auf allen Ebenen.¹⁵

Korruption und Vetternwirtschaft sind insbesondere im Justizwesen weit verbreitet. Sie sind Teil der heutigen malischen Kultur genauso wie Schmuggelwirtschaft (Drogen, Waffen, Geld, Menschen).

⁹ International Security Assistance Force

¹⁰ Operation Enduring Freedom

¹¹ Philipp Münch: „Strategielos in Afghanistan - Die Operationsführung der Bundeswehr im Rahmen der ISAF“, Stiftung Wissenschaft und Politik (swp), November 2011

¹² Dennis Tull: VN Peace Keeping in Mali, swp, April 2019

¹³ Vgl. u.a. Robin Schröder: Sicherheitssektor (re)formieren – Vier Empfehlungen für Mali (PeaceLab), 8. April 2018

¹⁴ Nach Angaben der Welthungerhilfe und internationaler Hilfsorganisationen hat sich die Zahl der Hungernden 2021 innerhalb eines Jahres auf 1,2 Mio. Menschen verdreifacht, Pressemitteilung Dezember 2021

¹⁵ Olaf Bernau, Sahel: Ökonomische, politische und ökologische Ursachen der Gewalteskalation, Bundeszentrale für politische Bildung, Januar 2021



Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit (EZ) genießt in Mali seit Jahrzehnten einen guten Ruf und ist bis heute bei großen Teilen der Bevölkerung anerkannt. Dieser Tatsache ist es zu verdanken, dass es insbesondere im Norden aber auch im Zentrum Malis gelungen ist, großangelegte Programme zur Unterstützung der landwirtschaftlichen Produktion und zur Ernährungssicherung fortzusetzen, obwohl diese Gebiete nicht mehr durch die Zentralregierung kontrolliert werden. Sie wird von den Rebellengruppen toleriert solange sie sich auf die Sicherung von Grundbedürfnissen konzentriert und nicht aktiv die Rückkehr staatlicher Institutionen fördert. Die de facto Tolerierung der EZ durch die Rebellengruppen und der Kontrollverlust in vielen Landesteilen, in denen EZ weiter stattfindet, ist allen bekannt. Sie wird aber bei den Fortschrittsberichten der Durchführungsorganisationen nicht explizit erwähnt und auch nicht nachgefragt von den Auftraggebern.

Die sich verschärfende Sicherheitslage führt dazu, dass Projekte im Zentrum und Norden Malis zunehmend in Form von „Fernsteuerung“ organisiert werden müssen, weil der Bewegungsradius für internationales Personal immer kleiner wird. Dies erschwert wiederum die Kontrolle der korrekten Mittelverwendung.

Als Durchführer staatlicher Entwicklungszusammenarbeit praktiziert die GIZ¹⁶ einen „Null Toleranz“-Ansatz bei der Verfolgung von Korruptionsfällen sowohl beim eigenen Personal als auch im Umgang mit ihren Partnern. Dass es trotzdem immer wieder zu Betrugsfällen kommt, zeigt, wie tief verwurzelt Korruption in Mali ist. Die Verfolgung von Straftätern wird durch Ineffizienz und Bestechlichkeit der malischen Justiz massiv behindert.

Die GIZ verfügt über detaillierte Evakuierungspläne für ihr entsandtes Personal und dessen Familienangehörigen. Diese Notfallpläne werden wie auch in allen anderen fragilen Ländern in Form von business continuity plans regelmäßig aktualisiert und auch geübt. Der plötzliche Abzug der internationalen Experten würde die Aktivitäten der GIZ und auch der Nichtregierungsorganisationen vor große Herausforderungen stellen, wäre aber machbar. Mittelfristig müsste die Hilfe dann den neuen Gegebenheiten angepasst werden, wie dies z.B. in Ländern wie dem Jemen der Fall ist.

Pläne für die Evakuierung des malischen Personals und dessen Familien gibt es noch nicht. Vermutlich wären die nationalen Mitarbeiter bei Unruhen oder einem Umsturz nicht im gleichen Maße gefährdet wie die lokalen Mitarbeiter der Bundeswehr, die sicher viel exponierter sind. Trotzdem sollte die Gefährdungslage auch für die nationalen Mitarbeiter ständig evaluiert und entsprechende Vorsichtsmaßnahmen getroffen werden, wie dies ja schon heute in ländlichen Gebieten der Fall ist.

In vielen Regionen Malis ist die Absorptionsfähigkeit staatlicher und nichtstaatlicher Stellen bei der Umsetzung der Programme der Entwicklungszusammenarbeit erreicht. Es fehlt fachlich ausgebildetes Personal. Internationale Geber konkurrieren bei Suche nach qualifizierten und transparenten malischen Partnern. Die „Entwicklungsindustrie“, bestehend aus lokalen NRO und Beratungsfirmen, floriert. Dass viele malische Partner ihre Beteiligung an Schulungen ausländischer EZ-Organisationen nach der Höhe der gezahlten Tagesspesen und nicht an der Qualität der Lerninhalte ausrichten, ist in der EZ-Community bekannt. Versuche internationaler Geber, sich auf einheitliche Tagessätze zu verständigen, sind selbst auf EU-Ebene gescheitert. Vereinbarungen werden nicht umgesetzt. Auch hier sind die Parallelen zur Situation in Afghanistan in der Zeit vor dem Rückzug ausländischer Entwicklungshelfer und Truppen offensichtlich.

Im Rahmen der europäischen Ausbildungsmission für malische Streitkräfte (EUTM) wurden ca. 13.000 Soldaten d.h. mehr als drei Viertel der malischen Armee ausgebildet. Die Bundesrepublik gehört seit Jahren zu den

¹⁶ Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit



wichtigsten Truppenstellern bei dieser Mission. Die Wirkung dieser beeindruckenden Zahlen auf die Einsatzmotivation und Disziplin der malischen Armee sind jedoch ernüchternd. 2019, sechs Jahre nach Beginn der Ausbildungsbildungsmission wurde die malische Armee von ausländischen Experten als 'bureaucrats in uniform' or 'a comical theatre group, suitable only for military parades' bezeichnet.¹⁷ Angesichts des Vorrückens islamistischer Terrorgruppen und schmerzhafter Verluste der malischen Armee gerade in den letzten Jahren hat sich an diesem Zustand vermutlich wenig geändert.

Ein robusteres Mandat des Bundestages für die Bundeswehr im Ausland, z.B. das „Mentoring“ von Soldaten bei ihren Einsätzen, kommt wie schon beschrieben nicht in Frage. Dies war schon vor den Bundestagswahlen der Fall und ist jetzt erst recht zweifelhaft.

Im Mai stehen die Mandatsverlängerungen der Bundeswehreinätze im Rahmen von MINUSMA und EUTM an. Angesichts der sich verschlechternden Sicherheitslage und des Zustandes der malischen Armee ist eine kontroverse Debatte im Bundestag zu erwarten. Einen Monat später läuft das Mandat des UN-Sicherheitsrates für den ca. 13.000 Soldaten und knapp 2.000 Polizisten umfassenden MINUSMA-Einsatz ab.

Der Handlungsdruck für die neue Bundesregierung wird sich in den nächsten Monaten sogar noch drastisch verschärfen, denn der Einsatz von russischen Söldnern¹⁸ auf Seiten der malischen Regierung hat begonnen.¹⁹

Die französische Regierung, die ohnehin aufgrund innenpolitischen Drucks das Engagement ihrer Soldaten in der Sahel-Region im Rahmen der Operation Barkhane²⁰ reduziert und deren Präsenz in Mali auch zunehmend unpopulärer ist²¹, hat mit dem vollständigen Abzug ihrer Kampftruppen gedroht, sollte es zum Einsatz der Privatarmee kommen. Schon im September 2021 belegte die EU die Söldnertruppe mit Sanktionen. Die damalige deutsche Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer drohte mit einem Abzug der Bundeswehr sowohl aus der MINUSMA, als auch aus der EUTM. Ohne französisches Schutzschild und die internationalen Missionen würde sich die Regierung in Bamako kaum lange halten. Ein Abzug der deutschen Streitkräfte wäre unausweichlich. Parallelen zum Abzug der amerikanischen Truppen aus Afghanistan liegen auf der Hand.

Derzeit überschlagen sich die Ereignisse in Mali. Einige Hundert Wagner-Söldner sind in Mali gelandet. Die malischen Militärs sind abgerückt vom Wahltermin im nächsten Monat und plädieren nun für eine fünfjährige Übergangszeit bis zu Wahlen. Die westafrikanische Staatengemeinschaft ECOWAS²² hat scharfe Sanktionen gegen Mali wegen der verschobenen Wahlen verhängt. Die Landesgrenzen wurden geschlossen und malische Guthaben in der ECOWAS Zentralbank eingefroren. Auch Frankreich hat den Flugverkehr mit Mali eingestellt. Die Bevölkerung reagiert wütend mit Massendemonstrationen gegen ECOWAS und Frankreich. Vereinzelt sind russische Fahnen zu sehen.

¹⁷ Dennis Tull: Rebuilding Mali's Army: the dissonant relationship between Mali and its international partners, International Affairs, 1. März 2019

¹⁸ Die russische Söldnerarmee „Wagner“ umfasst ca. 3500 Soldaten und existiert seit 2014 und kam u.a in Syrien, Libyen in der Ukraine und in der Zentralafrikanischen Republik zum Einsatz. Ihr werden massive Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen.

¹⁹ mdr: Lawrow bestätigt Militärkontakte zu Mali, 25. September 2021

²⁰ Die ca. 3500 Soldaten umfassende französische Militäroperation „Barkhane“ operiert seit 2014 in Burkina Faso, Mali, Mauretanien, Niger und Tschad und ist die einzige internationale Mission, die aktiv gegen terroristische Gruppierungen vorgeht. In Mali betreibt Barkhane u.a. einen Stützpunkt in Gao, direkt neben dem Camp der Bundeswehr.

²¹ Financial Times: How France lost Mali: failure to quell jihadi threat opens door to Russia, 22. Dezember 2021

²² Economic Community of West African States



Als Reaktion auf die Machtübernahme der Militärs hat die Bundesregierung im Frühjahr 2021 die finanziellen Zusagen der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit auf 69 Mio. € für die nächsten zwei Jahre reduziert und deren Verausgabung an Wahlen im Frühjahr 2022 gebunden.²³ Derzeit werden keine neuen Vorhaben geplant Ein „Weiter so“ ist keine Option für die deutsche Politik in Mali.

Angesichts des bisherigen Scheiterns des internationalen militärischen Engagements in Mali und der aktuellen Zuspitzung der Lage ist diese Option ausgeschlossen. Ein überstürzter Abzug der Bundeswehr ohne Absprachen mit den anderen Truppenstellern der MINUSMA und insbesondere den Partnern der EU ist allerdings auch keine Alternative. Dieser würde die Zuverlässigkeit und Glaubwürdigkeit Deutschlands in der Staatengemeinschaft unterminieren, Mali weiter destabilisieren und in die Hände Russlands und Chinas treiben.

Unter maßgeblicher deutscher Beteiligung sollten die UN und auch die EU ihre Strategie in Mali grundsätzlich überdenken: Was sind realistische Ziele des Engagements in Mali? Mit welchen Mitteln kann ein weiteres Abgleiten des Landes, aber auch seiner Nachbarstaaten in politisches und wirtschaftliches Chaos verhindert werden? Was sind die zeitlichen Perspektiven des Engagements? Die nachhaltige Stabilisierung des Landes wird nur durch Entwicklungszusammenarbeit mit langem Atem zu bewerkstelligen sein, die sich an der Sicherung der Grundbedürfnisse der Bevölkerung wie Ernährung, Wasserversorgung, Beschäftigungsperspektiven und Sicherheit orientiert.

Die Neubewertung des entwicklungspolitischen und militärischen deutschen Engagements in Mali sollte explizit ressortübergreifend und mit den europäischen Partnern abgestimmt erfolgen.

Das militärische Engagement der internationalen Staatengemeinschaft kann nur einen begrenzten Beitrag leisten. Eine Fortsetzung des Bundeswehreinsetzes als Teil der internationalen Truppen ist nur denkbar, wenn diese an präzise, mit zeitlicher Frist verbundene Bedingungen wie u.a. die längst überfällige Reform des Sicherheitssektors (Armee und Polizeieinheiten) geknüpft wird. Die Konsequenzen des Nichteinhaltens dieser Bedingungen müssen abgestuft und glaubhaft sein: (Teil-) Abzug von Truppen, schärfere Konditionierung im Bereich der materiellen Unterstützung und Ausbildung der Armee und Polizeikräfte, etc.

Abgesehen von der Region Gao, wo die GIZ im Rahmen des Vernetzten Ansatzes sehr gut mit der Bundeswehr kooperiert, findet die deutsche Entwicklungszusammenarbeit in allen anderen Landesteilen ohne größere Berührungspunkte statt.

Die ohnehin verstärkte Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Gruppen und die Verlagerung der EZ von zentralen staatlichen Ministerien hin zu regionalen lokalen Organisationen sollte weiter forciert werden.

Die deutsche EZ hat schon in den letzten Jahren einen erheblichen Wandlungsprozess hinter sich gebracht. Die Schwerpunkte Stärkung dezentraler Verwaltung, Ernährungssicherung, Wasserwirtschaft, sind zwar geblieben, die Partnerstruktur hat sich jedoch deutlich gewandelt. Die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft sowie

²³ Die Kosten für das militärische Engagement beliefen sich 2020 auf etwa 412 Mio. €. Die Zahlen für die EZ sind schwer zu ermitteln, da sie BMZ- und AA-Mittel für die staatlichen Durchführungsorganisationen GIZ und KfW, Zuschüsse an nationale Nichtregierungsorganisationen sowie deutsche Beiträge zu Aktivitäten internationaler Organisationen in Mali umfassen. Die Bundesregierung bezifferte den Umfang der EZ auf 540 Mio.€ für den Zeitraum 2014 bis 2020. – Vgl. dazu Anträge der Bundesregierung zur Verlängerung der MINUSMA und EUTM vom 19.04.19 (Bundestagsdrucksache 19/89971 sowie Bundestagsdrucksache 19/19004 vom 06.05.2020.



lokalen und regionalen Organisationen wurde ausgebaut, während die Kooperation mit Ministerien in Bamako eingeschränkt wurde.

Auch für die Entwicklungszusammenarbeit lassen sich durchaus noch schärfere Bedingungen für die Fortsetzung des bisherigen Engagements formulieren: Entschlossene, nachvollziehbare Schritte zur Eindämmung der grassierenden Korruption wie von der Militärjunta zumindest angekündigt, Dezentralisierung staatlicher Aufgaben und Mittel, wie schon im Friedensabkommen von 2015 postuliert, Fortsetzung des Prozesses der Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen, auch der malische Armee und der mit ihr verbündeten Milizen, Kompensation von Opfern dieser Übergriffe.

Es stellt sich allerdings die Frage, ob die malischen Eliten, sei es die Militärs an der Macht und die kleine Gruppe von Spitzenpolitikern, Bürokraten und Geschäftsleuten aus einflussreichen Familien überhaupt noch Willens und in der Lage sind, diese letzten Kooperationsangebote unter Auflagen aufzugreifen.

Schon heute werden erfolgreiche EZ Programme im Norden und Zentrum Malis in Gebieten außerhalb der Regierungskontrolle umgesetzt.²⁴ Sollte es zu einem Machtwechsel in Mali kommen, könnte die EZ vermutlich in begrenztem Rahmen in Form von humanitärer Hilfe und Übergangshilfe fortgesetzt werden. Letztendlich wird die Bundesregierung dann entscheiden, ob die Konditionen für eine Fortsetzung der Hilfe gegeben sind.

Notfallpläne für den geordneten Rückzug der Bundeswehreinheiten und auch detaillierte Evakuierungspläne für dessen nationales Personal und deren Familien sollten auf alle Fälle erarbeitet werden, um ein Desaster wie in Afghanistan zu vermeiden. Diese Aktivitäten würden gleichzeitig den malischen Partnern vor Augen führen, dass das Ende des Taktierens und Hinhaltens ihrer Partner bei Nichteinhaltung von Absprachen erreicht ist.

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

²⁴ Dazu gehören u.a. das Programm zur Kleinbewässerung in der Landwirtschaft als Beitrag zur Ernährungssicherung, die Elektrifizierung von Dörfern und die verbesserte Trinkwasser- und Sanitärversorgung in ländlichen Regionen.



Über den Autor dieses Beitrags

Jürgen Koch ist Diplom-Volkswirt und begann seine berufliche Laufbahn am Südasien-Institut der Universität Heidelberg als Wissenschaftlicher Mitarbeiter. Nach seiner Tätigkeit als Mitarbeiter einer Abgeordneten des Europäischen Parlaments schloss Jürgen Koch 1983 ein Postgraduiertenstudium am College of Europe in Brügge mit einem Certificate of Advanced European Studies mit den Wahlfächern Außen- und Sicherheitspolitik ab.

Jürgen Koch war Leiter der Auslandsabteilung einer DGB-Gewerkschaft, bevor er in Brüssel für ein britisches Beratungsunternehmen arbeitete. In Brüssel wechselte Herr Koch 1998 zur damaligen GTZ (Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit), deren dortige Vertretung er sechs Jahre leitete. Im Anschluss fungierte Jürgen Koch als Leiter des GIZ-Büros in Thailand, des Regionalbüros Golf in den Vereinigten Arabischen Emiraten und von 2015 bis 2019 Direktor der GIZ in Mali. 2020 war er u.a. Interims-Abteilungsleiter für den Bereich Westafrika der GIZ. Seit seiner Zeit in Mali beschäftigt sich Jürgen Koch intensiv mit dem Thema „Vernetzter Ansatz“, u.a. als Referent bei Lehrgängen der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg.

